



UNSERE ZEITUNG

ZEITSCHRIFT DER DKP GÖTTINGEN

2. Ausgabe / Juli 2024

Es stinkt in unserer Stadt!

Im Vorfeld der Abstimmungen zu den Radentscheiden meldete die Stadt immer wieder, die Stadt ist leider arm dran. Kein Geld für gute Radwege. Man könnte dort Kalkül vermuten, doch Mitte Juni dann die Gewissheit vom Kämmerer: Es werden für 2025 und 2026 bis zu 50 Millionen Euro Miese prognostiziert. Höhere Abgaben ans Land, höhere Kosten und nicht zuletzt auch Umsatzeinbrüche bei Sartorius und anderen Göttinger Unternehmen sorgen für ein Haushaltsloch. Die Wirtschaftskrise ist nun in der Stadt Göttingen offiziell angekommen, denn sie hat sich selbst eine Haushaltssperre auferlegt. Alle Haushaltsposten wurden auf 90% ihrer Höhe erstmal eingefroren. Schulen, soziale und kulturelle Einrichtungen, Projekte, usw. haben auf das Jahr gesehen 10% weniger Mittel zur Verfügung.

Die Stadt kürzt also den Haushalt zusammen, das Zukunftsinvestitionsprogramm der Stadt für 2023-2037 bleibt hiervon bisher jedoch unberührt. Soweit so gut, die Investitionen in die Schulen und das Vermögen der Stadt bleiben in vollem Umfang bestehen.



In all diesen Drohbotschaften, die auch die Oberbürgermeisterin nicht entschärfen wollte, ist jedoch eine äußerst pikante Meldung etwas untergegangen. Die besonders kostspielige Sanierung des Deutschen Theaters von zuvor 120 Mio. Euro wird auf ca. 178 Mio. Euro ansteigen. Das ist nicht nur eine Steigerung von knapp 50%. Auffällig ist auch, dass das gesamte Investitionsvolumen in alle Schulen nun nur knapp größer ausfällt, als die Sanierung

eines einzelnen Gebäudes und wohl auch nicht einfach so erhöht werden wird.

Die Interessenslage ist weiterhin unverändert. Man setzt sich Denkmäler und Kulturplätze für Gutverdiener und Bildungsbürger. Es reißen sich die teuren Leuchtturmprojekte aneinander, wie die viel zu teure Sanierung der Stadthalle oder die Zentrale der Sparkasse Göttingen. Gleichzeitig sind die Investitionen in Infrastruktur oder den öffentlichen Nahverkehr verhalten. Die Instandsetzung des Jungen Theaters wird weiterhin verschleppt. Die aktuelle Stadtpolitik ist eine Politik für Reiche und ihre Erben.

Aber man braucht seine Protzbauten, um auf die Armen der Stadt herab zu schauen. Die Profite der Sparkasse Göttingen werden nicht von der Stadt herangezogen, obwohl es die rechtlichen Rahmen dafür gibt. Denn dort gehen städtische Funktionäre gerne ein und aus. Im sogenannten „Brennpunkt Hochhaus“ in der Groner Landstraße gegenüber hingegen wird das nur mit Polizeigewalt gemacht.

(tbk)

Wem gehören Göttingens Wohnungen?

Waren Sie kürzlich auf dem Göttinger Wohnungsmarkt unterwegs? Horrormieten sind da an der Tagesordnung. Für ein WG-Zimmer kann man schon mal mit 500 € rechnen, Familienwohnungen mit vier Zimmern können über 1500 € kosten und dann kommen noch die Nebenkosten dazu, in Grone kann man da schon mal Rechnungen bis zu 2000 € für Strom- und Heizungsnachzahlungen in den Briefkasten bekommen.

Und was sagt die Stadt-
presse? Das Tageblatt hat sich in den vergangenen Monaten schwerpunktmäßig mit der Wohnungsfrage auseinandergesetzt. Wir fassen das Wichtigste zusammen und geben ein wenig unseren Senf dazu. Man kann das eigentlich alles mit einem Satz abkürzen: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist "bescheiden" (Sie können sich das richtige Wort denken)!. In den letzten 10 Jahren sind die Mieten in Göttingen um 50% teurer geworden. Die Löhne kommen kaum dagegen hinterher. Aus der Städtische Wohnbaugesellschaft liest man, dass die Warteliste tausende Interessenten lang ist oder anders ausgedrückt, es kommt einem Wunder gleich, eine günstige städtische

Wohnung zu ergattern. Der



Liesels Gänschen wundert sich:

Ein Minister besucht den Hagenweg. Wieviele TV-Dokus müssen über die Groner Landstraße gedreht werden, bis er da auch hinkommt?

Bedarf ist zu groß und das Angebot zu klein. Der Markt regelt halt nichts in unserem Sinne.

Einen tieferen Einblick in die Eigentumsstrukturen liefert ein Artikel von T. Kohlwes. Demnach wird ein Drittel der Wohnungen dem Markt entzogen, denn darin wohnen die Eigentü-



mer selbst. Ein weiteres Drittel wird über die verschiedenen 'sozialen' (?) Gesellschaften wie die Städtische Wohnbau, die Wohnungsgenossenschaft Göttingen, die Volksheimstätte oder das Studiwerk vermietet. Der Rest wird von privaten Eigentümern auf dem Markt angeboten, dabei spielen die großen Wohnkonzern eine erstaunlich kleine Rolle. So besitzen Vonovia, LEG, Bassil und Co zusammen immer noch weniger Wohnungen als die Wohnungsgenossenschaft. Der Rest sind mittlere und kleinere Privatvermieter. Heißt das etwa, dass die Großkonzerne wie Vonovia nicht Preistreiber sind? Eine

genauere Untersuchung ist uns nicht bekannt. Dennoch spricht einiges dafür. Denn die Großkonzerne wie Vonovia und LEG wollen in erster Linie Profit für ihre Investoren erwirtschaften. Sie sind zudem in bestimmten Stadtteilen durchaus marktbestimmend, so besitzt LEG alle ihre 1377 Göttinger Wohnungen in Grone. Oder anders gesagt, wer in Grone eine Bude mieten will, bekommt es mit großer Wahrscheinlichkeit mit dem profitorientierten LEG-Konzern zu tun. Hier kann man behaupten, dass die LEG und ihre Vorläuferin, die ADLER Real Estate, Preistreiber sind. Erinnert sei an die Ausreizung des Miet-satzes bei Hartz-IV-Empfängern durch die ADLER, weil diese Mieten ja von der Stadt übernommen werden. Eine Praxis, die die Stadt daher auch unterbinden will.

Was sagt die Göttinger Linke?

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke stellt fest, dass das Wohnungsangebot im Preissegment von unter 8€ pro qm zwischen den Jahren 2013 und 2019 von 60% auf nur noch 15% gesunken ist. Eine entscheidende Maßnahme dagegen müsste es sein, die Städtische Wohnbaugesellschaft zu einer umfassenden kommunalen Wohngesellschaft auszubauen, die mit dem Bau von Wohnungen im Preissegment von 5€ bis 7,60€ beauftragt wird. Außerdem benennt die GÖLi zahlreiche Werkzeuge gegen Verknappung und Verteuerung von Wohnraum, z.B. kein Verkauf von städtischem Boden, Satzungen für Milieuschutz, Kommunalisierung privaten Wohnraums. Es lässt sich viel machen, aber dafür braucht es Druck von unten.

(ajh)

Wir werfen ab jetzt in jeder Ausgabe einen Blick auf die aktuelle Arbeit der Göttinger Linken.

*Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke ist ein kommunalpolitischer Zusammenschluss vieler parteiloser Linker, der Groner Antifaschistischen Linken und der DKP Göttingen. Sie stellt mit den drei Abgeordneten Jost Leßmann, Nornia Marcinkiewicz und Torsten Wucherpennig eine Fraktion im Göttinger Stadtrat. Darüberhinaus ist sie in den Orträten von Grone und Geismar vertreten.*

Das Anliegen der Göttinger Linken in- und außerhalb des Stadtrates ist eine soziale Stadt, die ihre Mittel gerade für die Göttinger einsetzt, die

nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden. Leistbares Wohnen, funktionierender und günstiger Öffentlicher Nahverkehr, aber auch ganz direkte soziale Unterstützung sind ihre Themen. Darum hat die Ratsfraktion im vergangenen Jahr den vom Rat einstimmig beschlossenen Antrag „Mensa für alle“ eingebracht, der die Verwaltung auffordert, Angebote zu entwickeln, mit denen günstige, warme Mahlzeiten für breite Bevölkerungsgruppen bereitgestellt werden können. Auch für die Interessen der Mieterinnen und Mieter der LEG in Grone setzt sich die Göttinger Linke ein, und zwar sowohl im Groner Ortsrat als auch im Stadtrat und dessen Ausschüssen, wo ihre Vertreterin im Januar

feststellte, dass die LEG der „ganzen Stadt auf der Nase rumtanzt und sich an den Menschen hier bereichern möchte.“ Auch im Hinblick auf den Umgang mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Groner Landstraße 9a hat die Göttinger Linke eine klare Haltung, die sie in ihrer Antwort auf eine Anfrage des Göttinger Tageblatts zur Situation der Kinder aus dem Gebäudekomplex zum Ausdruck gebracht hat: „Anstatt öffentliche Gelder für traumatisierende Polizeiaufgebote zu verschwenden, müssen wir soziale Projekte mit Hinblick auf Inklusion solange fördern, bis allen Kindern die Chance auf eine faire Bildung ermöglicht ist.“

(sl)

Jugend in der Krise: Wehrpflicht?!

"Würdest du hingehen?" Die Frage stellen sich auf dem Schulhof Schülerinnen und Schüler, Azubis und FSJler am Arbeitsplatz und Studierende an der Uni. Worum es geht? Die Wehrpflicht. Dabei spielen die genauen Pläne gar keine so große Rolle wie das Gefühl, dass sich da gerade etwas fundamental verschiebt. Es scheint unvermeidlich, dass die Regierenden auf Kurz oder Lang eine gewisse Anzahl Jugendliche dazu zwingen will, den Dienst an

der Waffe zu lernen und im Zweifel auch zu kämpfen - und zu sterben. Auffällig an den Äußerungen mancher Jugendlichen ist, dass es ein gewisses Pflichtgefühl der Gemeinschaft gegenüber gibt, das aber leider nach außen gerichtet wird und der herrschenden Propaganda folgt: "Aber wenn die Russen unsere Familien bedrohen, muss man doch kämpfen", oder "Naja aber sein Land muss man doch verteidigen, das ist normal". Allerdings bekommt man auch immer wieder zu hören, dass es sich nicht lohnt, für dieses Land zu kämpfen. Warum? Weil die meisten Jugendlichen ausschließlich Krisen kennengelernt haben: Corona, Kriegsgefahr, Inflation. Dazu noch die üblichen Probleme der kapitalistischen Verwertungslogik wie Vereinzelung, Einsamkeit, fehlende Zukunftsperspektiven, etc. Hat die Jugend dabei Hilfe von Vater Staat erfahren?

Fehlanzeige. Wie und warum dieses System uns eigentlich schadet, ist den wenigsten bewusst aber es gibt immer mehr das Gefühl, dass die da oben nicht unsere Interessen vertreten. Gleichzeitig wird die Propaganda hochgefahren. Auch an Göttinger Schulen kommt es vermehrt zu Auftritten der Bundeswehr, ebenfalls auf Berufsmessen. Dort präsentiert sie sich als „sicherer“ Arbeitgeber. Ist sie aber nicht. Sie profitiert von Angst vor Krieg, von fehlenden Jobaussichten und vom fehlgeleiteten und bewusst erzeugten Gefühl, "uns gegen die" verteidigen zu müssen. Dabei probt die Bundeswehr selbst die Aggression. Ihren Lügen dürfen wir nicht auf den Leim gehen, die grinsenden Model-Soldatinnen und -Soldaten auf den Werbetafeln neben jeder Haltestelle verarschen uns. Genauso die Werbeoffiziere an den Schulen, Pistorius in der Tagesschau. Wir müssen für eine ernsthaft Krisenfeste Zukunft, gegen Sozialabbau, für gute Jobperspektiven ohne Ausbeutung und für Frieden kämpfen, für unsere ehrlichen Interessen, für den Sozialismus.

(@sdaj_goettingen)



Grone: Ohne Witz

„Weißt du eigentlich, was wichtiger ist als Wahlen?“, fragt mich Hendrik. Wir schauen uns gerade gemeinsam die Ergebnisse der Wahlen zum EU-Parlament an und Hendriks Frage durchbricht unser betretene Schweigen. Ich schaue ihn erwartungsvoll an.

„Echte Bewegung“, sagt er. „Ist ja ne interessante Meinung für einen gewählten Herrn vom Ortsrat.“ Erst muss er lachen, dann kommt das Aber: „Ohne Witz, denk mal nach: wenn sich hier in Grone nichts und niemand bewegen würde, wie sähe denn dann meine Arbeit für die Göttinger Linke im Ortsrat aus?“ „Na wie denn?“, frage ich ihn. „Na zuallererst säße ich da doch wahrscheinlich gar nicht drin. Wenn sich draußen keiner rührt, warum sollten die einen reinwählen, der Krach schlägt? Und mal angenommen, das wäre irgendwie doch so gekommen, für wen würde ich denn da meine Sachen machen? Woher hätte ich denn meine Punkte, die ich einbringe? Nene, echte Bewegung draußen muss es schon geben, sonst nützt die schönste Wahl gar nix.“

„Über Mangel an echter Bewegung könnt ihr euch in Grone doch gerade nicht beklagen.“, werfe ich ein. „Aber ohne Witz!“, ruft Hendrik und ich sehe ihm schon an, dass er gleich in Fahrt kommt. „Über die Hälfte der betroffenen Mieter sind in

der Prüfungsgemeinschaft gegen diese irren Nachzahlungsforderungen der LEG, 600 Leute! Und das ist ja nicht bloß wie Wählen gehen, Kreuz machen und fertig. Die haben sich da organisiert gegen einen der größten Immobilienkonzerne dieses Landes! Das meine ich mit echter Bewegung, sich auf die Hinterbeine stellen, wenns hart auf hart kommt.“ „Aber hat das denn auch Aussicht auf Erfolg?“, wage ich zu fragen. „Also, laut Gutachten des Bundesjustitiars des Deutschen Mieterbundes hat das aber sowas von Aussichten. Diese Verträge über die Energieversorgung für die Häuser, die damals noch die ADLER abgeschlossen hat und die die LEG einfach ungeprüft übernommen hat, die sind nämlich deren Problem und nicht das der Mieter! Und das wird nicht das einzige Gutachten sein, das das so sieht. Auch die Stadt Göttingen hat da Geld locker gemacht, um eins zu erstellen.“ „Ohne Witz?“, frage ich etwas ungläubig. „Ja sicher, die müsstest schließlich im Zweifel die ganzen Nebenkosten bezahlen, die Mieter können sich das doch gar nicht leisten. Also hat auch die Stadt ein Interesse daran, zu beweisen, dass die LEG die Suppe mal schön selbst auslöffeln soll, die sie sich und uns da eingebrockt hat.“ „Was so alles in Bewegung gerät, wenn die Leute anfangen, sich zu bewegen.“, sage ich. „Tja, dann geht einiges“, sagt Hendrik, „ohne Witz.“

(sl)

Kulturteil: Feiern mit den Kommunisten!

Kriege, Umweltzerstörung und Rechtsentwicklung durch Kapital und Regierung: die Weltlage bietet gerade herzlich wenig Anlass zum Feiern. Aber eine Feier kann auch ein Ort sein, an dem man Kraft tankt für neue Kämpfe. Darum feiern die Kommunisten mit ihrer Zeitung UZ (Unsere Zeit), in Berlin vom 23.-25.8. im ND-Haus am Franz-Mehring-Platz. Mit zahlreichen kulturellen Beiträgen, Lesungen, Konzerten

und Liederabenden zum Mitsingen. Die Friedenstage werden aber auch ein Ort der Diskussion sein. Und dabei scheuen sich die Kommunisten auch nicht, heiße Eisen anzupacken. Mit internationalen Gästen aus Südafrika, Israel/Palästina oder China wird über aktuelle Entwicklungen in ihren Ländern und international diskutiert. Gesprochen werden muss aber auch über die sogenannte „Zeitenwende“ und was man ihr

entgegensetzen kann, bevor es zu spät ist. Darüber tauschen sich Vertreter von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung aus.

Und einen Anlass zum Feiern gibt es dann aber doch: den 75. Geburtstag des ersten konsequenten Friedensstaates auf deutschem Boden, der DDR.

(ajh)

